

Erklärung des SPD Kreisverband Viersen zum Bremer Entwurf des Grundsatzprogrammes der SPD

Präambel

Die SPD im Kreis Viersen begrüßt den Bremer Programmentwurf. Es ist wichtig, dass die SPD die richtigen Antworten für die anstehenden Fragen unserer Gesellschaft und den Veränderungen in der Welt gibt

Wir freuen uns, dass mit dem Bremer Entwurf das Bild der „linken Volkspartei“ geschärft wird.

In unserem Grundsatzprogramm finden wir Sozialdemokraten uns nicht nur mit der Lebenswirklichkeit ab, sondern benennen auch unsere Vorstellungen für zukünftige Lösungen.

Wir wollen mit dem neuen Programm wieder mehr Menschen für die SPD gewinnen. Wir wollen für die Partei ein Grundsatzprogramm, welches einerseits verständlich und präzise formuliert, andererseits kurz und lesbar bleibt.

Die Sozialdemokratische Partei im Kreis Viersen begrüßt deshalb ausdrücklich die Bemühungen des Parteivorstandes, ein klar verständliches und kompaktes Grundsatzprogramm zu erarbeiten.

Der SPD Kreisverband Viersen nimmt mit der folgenden Erklärung nur zu einzelnen Punkten des Programmentwurfes Stellung.

2. Die Grundwerte der sozialen Demokratie

Die Sozialdemokraten im Kreis Viersen bekennen sich zu der Geschichte ihrer Partei und zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. In dieser Tradition sehen wir die Idee der solidarischen Bürgergesellschaft. Daher unterstützen wir sie nachdrücklich.

3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Durch unsere Mitarbeit auf allen politischen Ebenen, in Vereinen, Verbänden und im Gemeinwesen wollen wir Einfluss auf die Gesellschaft nehmen und unsere Grundwerte einbringen. Es muss Ziel unserer Politik sein, insbesondere die Globalisierung im Sinne unserer Grundwerte mitzugestalten.

4. Unsere Ziele, unsere Politik

4.1. Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Die völkerübergreifende Lösung zentraler Probleme ist richtig und fordert von den Menschen ein neues Verständnis für die Welt, für internationale Verbindungen und für die notwendige Politik. Dieses Verständnis müssen wir Sozialdemokraten schaffen.

Wir begrüßen ausdrücklich das Bekenntnis zur besonderen Verantwortung für Frieden und Verständigung. Auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges bleibt die Forderung bestehen, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Wir Sozialdemokraten wehren uns gegen alle, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen und bekennen uns klar zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Schaffung eines lebensfähigen Palästinenser Staates

Wir erwarten die Unterstützung der Arbeit von ehrenamtlichen Organisationen über die Würdigung hinaus.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr für die Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung unterstützen wir Sozialdemokraten im Kreis Viersen ebenso wie eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, die langfristig zur Schaffung einer Europäischen Armee führt, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss. Spätestens in diesem Kontext ist über die Fortsetzung der Wehrpflicht in Deutschland zu diskutieren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir alle Vorhaben zur Rüstungsbegrenzung.

Wir Sozialdemokraten im Kreis Viersen halten ein geschlossenes Handeln auf EU-Ebene für erforderlich, um wirksame, nachhaltige Ergebnisse bei der Humanisierung der Globalisierung zu erzielen.

Ziel europäischer Außenpolitik müssen Aufbau und Pflegeentwicklungsfähiger Beziehungen zu Nachbarstaaten sein, die nicht der EU angehören.

4.2 Das soziale und demokratische Europa

Wir stehen zur demokratischen und sozialen Wertegemeinschaft in Europa. Nur die Menschen selbst können das demokratische und soziale Europa schaffen. Dafür sind Möglichkeiten ihrer Teilhabe unabdingbar. Deshalb streben wir für Europa soziale Mindeststandards an, etwa in Form eines sozialen Stabilitätspaktes.

Diese Gemeinschaft mit ihren Millionen Bürgern benötigt zur Förderung der eigenen europäischen Identität zügig eine Verfassung. Es gilt, die Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu gestalten und darzustellen. Dazu gehört auch die Regelung der Finanzmärkte, der Arbeitsbedingungen und der Haushaltspolitik.

4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Die Aussagen des Entwurfes zur demokratischen Bürgergesellschaft unterstützen wir nachdrücklich. Es ist für uns unerlässlich, jenen Einzelinteressen entgegenzutreten, die dem Grundwert der Solidarität zuwider laufen und in jedem Einzelfall auf Veränderung hinzuwirken.

Das partnerschaftliche Verständnis von Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen ist wichtig und muss mit mehr Leben gefüllt werden. Nach unserer Ansicht ist speziell die Rolle der staatlich anerkannten Kirchen herauszustellen.

Das Bekenntnis zum staatlichen Sicherheitsmonopol unterstützen wir ausdrücklich. Sicherheit ist für uns ein Grundrecht und darf nicht aus der Kontrolle des Staates gegeben werden.

Den Widerstand gegen Ideologien und Gewalt des Rechtsextremismus wollen wir durch Entwicklung und Finanzierung weiterer Projekte und Programme stützen. Eine Sensibilisierung der Menschen, insbesondere in Hinblick auf die neuen Medien ist weiterhin dringend geboten.

Es ist wichtig, dass die SPD sich endlich auch in ihrem Grundsatzprogramm zum Einwanderungsland Deutschland bekennt und wir Sozialdemokraten im Kreis Viersen begrüßen das ausdrücklich.

Wir teilen die Gedanken und Formulierungen zu dem Themenkomplex Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften; fordern in diesem Zusammenhang aber auch eine klare Abgrenzung zu Sekten und sektenähnlichen Gruppen und Verbänden, die den demokratischen Grundwerten entgegenstehen. Gemeinsam mit den Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gilt es, auf die davon ausgehenden Gefahren für die soziale und demokratische Gesellschaft hinzuweisen.

4.4 Gleichstellung der Geschlechter

Es ist unerlässlich, Frauen und Männern gleichermaßen die Ausübung von Erwerbs- und Hausarbeit, sowie die Erziehung von Kindern und ein gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen.

Die Gesellschaft muss ein partnerschaftliches Leitbild fördern für alle Frauen und Männer, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen oder müssen. Auch Frauen müssen ein selbst bestimmtes Leben führen können. Sie sollen den Zeitpunkt für die Aufnahme oder Weiterführung einer beruflichen Tätigkeit selbst wählen. Dazu sind gute und verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote notwendig.

4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit

Es muss das vorangige Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sein, die Arbeit gerecht zu verteilen, damit die Teilhabe aller möglich wird. Deshalb ist die Entwicklung neuer Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle notwendig. Hier gute Lösungen zu entwickeln, ist die große sozialdemokratische Herausforderung.

Die Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft ist eine kontinuierliche Aufgabe, die sich verändernden Eckpunkten stellen muss.

Bei den Staatsfinanzen wird es darum gehen eine gesunde Balance zwischen Konsolidierung und Investitionen zu finden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen ohne Zweifel neu ausgerichtet werden. Die stufenweise Umstellung ist dringend geboten.

Wir begrüßen den erneuten Hinweis darauf, dass Eigentum verpflichtet und dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. In diesem Zusammenhang unterstützt die SPD im Kreis Viersen die Bemühungen um „Wiedereinführung“ der Vermögenssteuer.

Mitbestimmung, Tarifautonomie und Streikrecht dürfen bei aller Reformnotwendigkeit nicht angetastet werden.

Die Verantwortung der Unternehmen, gemeinsam mit dem Staat für ein nachhaltiges Wachstum zu sorgen, ist einzufordern und kontinuierlich umzusetzen. Das muss auch der Maßstab für die Gewährung und Rückforderung staatlicher Fördermitteln sein.

Die Verantwortung der Unternehmen bezieht sich insbesondere auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie einer Bezahlung, die den arbeitenden Menschen ein Leben ohne zusätzliche staatliche Transferleistungen ermöglicht.

Wir Sozialdemokraten im Kreis Viersen unterstützen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

4.6 Der vorsorgende Sozialstaat

Der SPD-Kreisverband Viersen unterstützt die im Bremer Entwurf dazu gemachten Aussagen, insbesondere die Umsetzung der „Bürgerversicherung“.

Zur Abfederung von Sicherungslücken im Alter (z.B. durch gebrochene Erwerbsbiographien) müssen endlich tragfähige Konzepte erarbeitet werden.

Jeder Mensch soll sein Leben selbstverantwortlich in die Hand nehmen.

Dazu muss er befähigt werden, u.a. durch Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Es ist Aufgabe der SPD, die Menschen auf diesem Weg zu stärken und zu stützen.

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Die SPD steht hinter dem Prinzip „Lebenslanges Lernen“ und richtet ihre Bildungspolitik danach aus. Deshalb darf der Zugang zur Bildung nicht von Herkunft, von Beruf, Finanz- oder Bildungssituation der Eltern und Familien abhängig sein.

Die Veränderung des Schulsystems ist zu lange versäumt worden und muss nun zeitnah umgesetzt werden. Wir bekennen uns zur Gemeinschaftsschule und einer späteren Aufgliederung. Die SPD im Kreis Viersen begrüßt ausdrücklich die vielfältigen SPD-Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene zur schulischen Bildung und zur Erwachsenenbildung.

Um das duale Bildungssystem weiter entwickeln zu können, müssen sich wieder mehr Betriebe ihrer Verantwortung für Ausbildung und berufliche Fachkompetenz stellen. Unternehmen, die sich nicht beteiligen, müssen zu einem entsprechenden Beitrag herangezogen werden.

4.8 Kinder und Familien stärken

Der Bremer Entwurf hat seinen Fokus auch auf Kinder und Familien gerichtet. Unerwähnt bleibt aber die Zielgruppe der Jugendlichen. Indirekt wird sie zwar bei den Themenbereichen Schule, Bildung, Ausbildung angesprochen, direkt werden

Jugendliche allerdings nicht bedacht. In Anbetracht der aktuellen Diskussionen um die zunehmende Gewaltbereitschaft, um ansteigende rechtsextremistische Übergriffe, Flatrate-Trinken, Amokläufen etc. von Jugendlichen wird der Programmentwurf der Notwendigkeit von Handlungsoptionen in diesem Bereich nicht gerecht. Das können wir nicht hinnehmen und fordern eine Ergänzung des Programmentwurfes.

4.9 Nachhaltiger Fortschritt

Der Kreisverband Viersen begrüßt das Bekenntnis zum ÖPNV und fordert den Ausbau, insbesondere im ländlichen Raum und zu den Oberzentren.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zum vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie und den kontinuierlichen Ausbau von regenerativen Energien. Beides gehört für uns zur Nachhaltigkeit sozialdemokratischer Politik.

Energie ist kein „Luxusgut“, und muss für die Menschen bezahlbar werden.

Nachhaltigkeit darf nicht zur Floskel werden. Sie muss auch auf der untersten politischen Ebene, der Kommunalpolitik, gelebt werden.

Die SPD muss sich kontinuierlich und konsequent mit dem demographischen Wandel und seinen Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur beschäftigen und Handlungsmöglichkeiten formulieren.